

Herrn Bundeskanzler Karl Nehammer, MSc
Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 2
1010 Wien

Herrn Vizekanzler und Bundesminister
Mag. Werner Kogler
Bundesministerium für Kunst, Kultur,
öffentlichen Dienst und Sport
Radetzkystraße 2
1030 Wien

Frau Bundesministerin
Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerium für Justiz
Museumstraße 7
1070 Wien

per E-Mail

RIV VEREINIGUNG DER
ÖSTERREICHISCHEN
RICHTERINNEN
UND RICHTER



**Richterinnen und Richter
Staatsanwältinnen und Staatsanwälte**
GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST

Wien, am 26. Juli 2024

Betrifft: Besetzung von Planstellen am Bundesverwaltungsgericht

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Nehammer, M.Sc.,
sehr geehrter Herr Vizekanzler und Bundesminister Mag. Kogler,
sehr geehrte Frau Bundesministerin Dr.ⁱⁿ Zadić, LL.M.!

Beim Bundesverwaltungsgericht sind seit geraumer Zeit Planstellen für Richter:innen unbesetzt. Dazu liegt seit 10. April 2024 der Besetzungsvorschlag des Personalsenates des Bundesverwaltungsgerichtes vor. Die Ernennungen waren für 1. Juni 2024 vorbereitet. Die Bundesregierung hat jedoch bislang keinen Ernennungsvorschlag an den Bundespräsidenten erstattet.

Schmerlingplatz 11, Postfach 26, A-1011 Wien
T +43 1 52152 303644, F +43 1 52152 303643
ute.beneke@richtervereinigung.at
www.richtervereinigung.at
@richter_in

ZVR-Zahl 947673779

Die Gründe für die Säumnis sind öffentlich nicht bekannt. Es entsteht der Eindruck, dass die Beschlussfassung wegen anderer von der Bundesregierung zu treffender Personalentscheidungen zurückgehalten wird.

Die Unabhängigkeit der Gerichte gebietet es, die Besetzung von Richter:innenstellen nach rein sachlichen Kriterien aufgrund von Besetzungsvorschlägen der richterlichen Personalsenate vorzunehmen. Damit die Gerichte ihren Aufgaben nachkommen können, sind offene Stellen zeitnahe zu besetzen.

Wir ersuchen die Bundesregierung daher dringend, dem Herrn Bundespräsidenten umgehend einen Ernennungsvorschlag zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gernot Kanduth
Präsident
Vereinigung der österreichischen
Richterinnen und Richter

Dr. Martin Ulrich
Vorsitzender
GÖD-Bundesvertretung
Richter:innen und Staatsanwält:innen